

A. W. Singham

DIE US-POLITIK UND DIE UNABHÄNGIGKEIT NAMIBIAS

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die USA zur unbestrittenen Führungsmacht der westlichen Allianz geworden. Zur westlichen Allianz gehören die bedeutenden Mächte Westeuropas, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, wie auch Japan, dazu kommen noch die kleineren Staaten West- und Südeuropas. Die nordischen Staaten sind vorwiegend auf wirtschaftlicher Ebene in die Allianz integriert, während sie immer wieder gegensätzliche Ansichten zu den spezifischen politischen Zielen der Allianz zum Ausdruck bringen. Das westliche Bündnis hat Unterstützer in Asien, Afrika und Lateinamerika, aber Israel und die Republik Südafrika haben seit jeher einen besonderen Status inne, indem sie Teil der umfassenden Sicherheitsplanung des westlichen Bündnisses sind.

Das westliche Bündnissystem hat klar umrissene Sicherheitsziele. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten werden als fundamentale Bedrohung seiner Sicherheit begriffen. Die Mitglieder der westlichen Allianz glauben, daß man ein neues globales Bündnissystem schaffen müßte, um einerseits die Expansion der Sowjetunion zu verhindern und andererseits Regierungen innerhalb des sozialistischen Blocks zu schwächen, wo immer das möglich ist. Während die Sowjetunion nach wie vor der erste Gegner bleibt, sind die schwachen Staaten der Dritten Welt in der letzten Zeit zu vorrangigen Zielen dieses Angriffes geworden. Man kann also sagen, daß die internationale Politik in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg von einem fortgesetzten Kalten Krieg beherrscht war.

Eine der bedauerlichsten Folgen dieses Kalten Krieges war die Schaffung von vier Kriegszonen in verschiedenen Regionen der Welt. In Asien folgte dem Koreakrieg der Vietnamkrieg. Im Nahen und Mittleren Osten findet ein langwieriger Krieg statt, der mittlerweile ganz Nordafrika wie Westasien in eine Serie von Kriegen gestürzt hat. In jüngster Vergangenheit wurden zwei neue Kriegszonen geschaffen: das südliche Afrika und Zentralamerika.

Die Sicherheitsdoktrin, die von der Schaffung solcher Kriegszonen ausgeht, ist einfach. Das westliche Bündnis geht von der Annahme aus,

Vortrag, gehalten bei der "Internationalen Konferenz für die sofortige Unabhängigkeit Namibias" (Wien, 7. - 11. Juli 1986). Die Übersetzung besorgte Veronika Reisenberger.

daß alle lokalen Konflikte innerhalb des Rahmens der Doktrin des Kalten Krieges zu sehen sind. Das bedeutet, lokale Konflikte werden mit dem größeren Ost-West-Konflikt in Beziehung gesetzt. Daraus folgt, daß alle nationalen Befreiungsbewegungen zu allererst eingedämmt werden müssen, weil sie ja das westliche Sicherheitssystem bedrohen können, wenn sie sich selbst überlassen bleiben. Wenn aber nationale Befreiungsbewegungen die Staatsmacht übernommen haben, dann wird es notwendig, das "Contra-Befreiungs"-Phänomen zu schaffen, um diese neue Staatsmacht herauszufordern und schließlich das Regime zu ersetzen. In den frühen Stadien versuchte die Allianz, innerhalb der multilateralen Institutionen, wie den Vereinten Nationen oder der Organisation Amerikanischer Staaten, Unterstützung zu gewinnen. Diese Option hat sich jedoch als zu mühsam erwiesen und wurde daher zugunsten eines direkten militärischen Bündnisses innerhalb einer bestimmten Region aufgegeben. In den vier oben erwähnten Regionen wurden einzelne Staaten allmählich umgeformt und in ein militärisches Bündnissystem integriert, das wiederum mit dem westlichen Allianzsystem verbunden ist.

Der Erfolg dieser globalen Doktrin der Nationalen Sicherheit verlangt, daß sie innerhalb eines Rahmens nationaler Interessen unterstützt wird. Diese neue Definition nationaler Interessen ist nicht bloß amerikanisches nationales Interesse, sondern ist in der Tat transnational, indem es die Mitgliedsstaaten der westlichen Allianz miteinschließt. Jegliche Opposition gegen die neue Sicherheitsdoktrin kommt einem Verrat gleich, einem Verrat nicht nur gegenüber dem jeweiligen Staat, sondern gegenüber dem gesamten westlichen Bündnis. Daher obliegt es den Sicherheitsmanagern, einen nationalen Konsens um diese Sicherheitsdoktrin herum zu schaffen. Innenpolitische Unterstützung ist wesentlich für die Umsetzung dieser militärischen Doktrin und muß aufgebaut werden.

Um zu verstehen, wie diese innenpolitische Unterstützung innerhalb der Vereinigten Staaten geschaffen wird, muß man drei einflußreiche Institutionen betrachten. Die erste ist das Präsidentenamt. Die ausführenden Organe der Regierung haben allmählich ihre Macht und Zuständigkeiten ausgeweitet und eine neue Doktrin des nationalen Konsenses geschaffen, was Sicherheitsfragen anbelangt. Widerstand gegen diese Doktrin beschränkt sich auf einige wenige andersdenkende Menschenrechtsgruppen und - dann und wann - auf die nationalen Minderheiten. Die zweite mächtige politische Institution in den USA sind die Medien. Sie haben sich zum wichtigsten Mittel der politischen Bildung und

Sozialisation der Bevölkerung in Sicherheitsangelegenheiten entwickelt. Die Medien haben eine starke Anhängerschaft, insbesondere in den Massenorganisationen, gewonnen, und sie beteiligen sich an der politischen Diskussion, auch was Details der Sicherheitsdoktrin betrifft. Drittens ist dann noch das Pentagon und seine Verbündeten in der Industrie, deren wirtschaftliches Überleben von Regierungsaufträgen abhängig ist. Dieser wirtschaftliche Sektor hat sich als äußerst einflußreich erwiesen, insofern, als militärische Ziele in die staatliche Wirtschaftsplanung integriert werden.

Diese drei Institutionen, die Exekutive in Form des Präsidentenamtes, die Medien und die Kommunikationsindustrie, sowie der wirtschaftlich-militärische Komplex haben die Innenpolitik dramatisch verändert. Die Legislative der USA, die in der Vergangenheit außerhalb des Machtgefüges stand, hat ihre Unabhängigkeit eingebüßt. Diese Körperschaft wurde durch die militärisch-wirtschaftlichen Interessengruppen lahmgelegt, die ihre eigenen Vertreter innerhalb der Legislative haben. Und hier ist es wiederum wichtig anzumerken, daß die Interessengruppen, welche die Legislative umgeben, nicht mehr bloß nationale Interessengruppen sind, sondern transnationale, indem viele dieser Gruppen sehr aktiv für die westliche Bündnisstruktur eintreten.

Dieser neue Typus von politischer Struktur in den USA stellt Befreiungsbewegungen und Nationalstaaten in der Dritten Welt vor die außerordentlich schwierige Aufgabe des Überlebens. Erstens haben sie aufgrund ihrer Armut und ihres abhängigen Status keine mächtigen Lobbies, die sie beschützen. Zweitens hat der Staat in den USA als Folge der vielen Kriege in der Dritten Welt seine feindliche Einstellung gegenüber den Völkern und Kulturen der nicht-westlichen Welt verstärkt. Die Verwicklung in auswärtige Konflikte beeinträchtigt das Image der nationalen Minderheiten. Gängige Vorurteile, wie die von den primitiven Afrikanern, den verschlagenen Asiaten, den launischen Lateinamerikanern und den Arabern, die Terroristen seien, gewinnen unter den Bedingungen eines neubelebten Patriotismus eine neue Bedeutung. Patriotismus geht in diesem Zusammenhang über die Verteidigung der Nation hinaus zur Verteidigung des westlichen Christentums. Drittens verstärkt die Einwanderung von Emigranten aus diesen Kriegszonen in die USA konservative Tendenzen. In den USA bildet sich eine Contra-Wählerschaft heraus. Viele Einwanderer aus der Dritten Welt, insbesondere Angehörige der Mittelklasse, fliehen nicht nur vor dem Elend der Unterentwicklung, sondern vor den Veränderungen, die in ihren Ländern stattfinden, wenn Anstrengungen unternommen

werden, Reichtum und Ressourcen neu zu verteilen. Diese neue Mittelklasse aus der Dritten Welt unterstützt heute am vehementesten die nationale Sicherheitsdoktrin.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß das alte Ostküsten-Establishment, welches die Außenpolitik während der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmt hat, die Kontrolle über die Legislative und das Kommunikationswesen völlig verloren hat. Der Niedergang dieser alten internationalistischen liberalen Ordnung hat einer neuen interventionistischen konservativen Ordnung Platz gemacht. Diese neue interventionistische konservative Ordnung hat eine völlig andere Weltsicht. Die Interventionisten sind der festen Ansicht, daß sie soziale Revolutionen überall auf der Welt durch strategische Intervention kontrollieren können. Diese Neudefinition Amerikas als Festung, die vor den alten und neuen Barbaren geschützt werden muß, hat dazu geführt, daß das Engagement für die alten humanistischen Werte einer internationalen Gesellschaft dramatisch zurückgegangen ist. Nur wenn man diese Veränderungen innerhalb der Vereinigten Staaten und auf internationaler Ebene versteht, kann man begreifen, warum die Namibiafrage eine amerikanische Frage geworden ist.

Die Sicherheitsdoktrin, die für Afrika ausgearbeitet wurde, ist verhältnismäßig neu. Es waren Nixon und Kissinger, die Afrika einen wichtigen Stellenwert in ihrer Gesamtstrategie gegenüber dem Osten einräumten. Sie sahen in der Republik Südafrika ein stabiles Regime, das als verantwortlicher Platzhalter im südlichen Afrika handeln könnte. Noch wichtiger ist, daß es die Schifffahrtsrouten im Indischen und im Atlantischen Ozean überwachen und schützen kann. Die Revolution in Angola und den anderen portugiesischen Kolonien alarmierte das westliche Bündnis, weil sie eine Neueinschätzung seiner Sicherheitsdoktrin für das südliche Afrika notwendig machte. Die Möglichkeit revolutionärer Regimes im südlichen Afrika wurde als eine direkte Herausforderung für den ältesten westlichen Verbündeten in der Region - Südafrika - angesehen. Begründet wurde dies damit, daß diese neuen revolutionären Staaten sofort Verbindungen mit der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten und dem sozialistischen Block knüpften, um ihre Souveränität zu bewahren. Das machte die Namibiafrage, welche die älteste Kolonialfrage in Afrika ist und in den Händen von Südafrika liegt, zu einer Sicherheitsfrage für den Weiterbestand des Westlichen Bündnisses und der Verteidigung Südafrikas.

Aufgrund der globalen Sicherheitsdoktrin der NATO-Mitglieder ist die Unabhängigkeit Namibias untrennbar mit der Sicherheit der westlichen

Allianz verbunden und gilt als integraler Bestandteil der Militärstrategie des Westens im südlichen Afrika. Diese Strategie zielt auf die Schaffung einer Reihe von schwachen, antikommunistischen Staaten, die einen cordon sanitaire um die Republik Südafrika bilden sollen. Das bedeutet, die MPLA-Regierung in Angola mußte entweder gestürzt oder geschwächt werden. Was Mozambique und Zimbabwe betrifft, wurden Anstrengungen unternommen, diese Staaten zu einem Übereinkommen mit der Republik Südafrika zu bringen. Namibia muß in diesem Kontext gesehen werden. Die Gesamtstrategie lief darauf hinaus, die Unabhängigkeit Namibias hinauszuzögern, indem jegliche Verhandlungen weg von den Vereinten Nationen zu den westlichen Verbündeten verlagert wurden. Wenn der Prozeß der Unabhängigkeit erst einmal festgefahren war, dann - so die Annahme - würde das die SWAPO schwächen, und damit ergäbe sich die Möglichkeit, eine pro-westliche Koalition in Namibia zu bilden.

In jüngster Zeit wurde diese Strategie in Afrika einiger Korrekturen unterzogen. In einigen Kreisen überlegt man, daß ein reformiertes Südafrika diese Militärpolitik effizienter ausführen könnte als das sehr umstrittene Botha-Regime. Das heißt, die Militärstrategen schätzen die Stabilität des Botha-Regimes und seine Fähigkeit, die Militärdoktrin umzusetzen, welche über Jahre hinweg ausgearbeitet wurde, neu ein.

Die Politik gegenüber Namibia hat zwei Komponenten - politische und militärische. Die Carter-Administration initiierte einen neuen Prozeß, indem sie die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias von den Vereinten Nationen weg in die Verantwortlichkeit der Kontaktgruppe legte. Die Kontaktgruppe bestand aus niemand anderem als den wichtigsten Mitgliedern des westlichen Bündnisses. Nachdem die Namibiafrage in der Hand der Kontaktgruppe lag, glaubten die Militärstrategen des westlichen Bündnissystems, daß sie nun ein Programm entwerfen könnten, das Namibia zu einem abhängigen pro-westlichen Staat machen würde. Durch die Verzögerung der Verhandlungen hatte das südafrikanische Militär außerdem die Möglichkeit, die innere Struktur der namibischen Politik zu verändern. Die transnationalen Konzerne waren angetan, denn diese Strategie würde ihnen ermöglichen, den Abbau von Uran und die Ausbeutung der anderen Ressourcen unbehindert von Beschränkungen einer nationalistischen Regierung fortzusetzen. Auch die politischen Strategen des Westens waren erfreut, weil sie damit Zeit gewinnen würden, in Angola die MPLA aus dem Weg zu räumen und eine neue pro-westliche Koalitionsregierung unter Einschluß Savimbis zu etablieren. Und schließlich, diese Strategie würde es

der Republik Südafrika ermöglichen, direkt in die innenpolitischen Angelegenheiten der Frontstaaten zu intervenieren, um sie abhängiger zu machen und damit auch ihre Verhandlungsposition als Handelspartner und Anbieter von Ressourcen und Arbeitskräften zu schwächen. Die Kontaktgruppe schuf in vielerlei Hinsicht die Voraussetzung für die Nkomati-Abkommen.

Nachdem die Reagan-Administration die Macht übernommen hatte, wurde die Doktrin der Kontaktgruppe durch die Doktrin des konstruktiven Engagements ersetzt. Das bedeutete einfach, daß die Vereinigten Staaten von jetzt ab direkt mit der Republik Südafrika verhandeln und die Strategie abstimmen würden, ohne Beschränkungen durch die anderen Mitglieder des westlichen Bündnisses, insbesondere Frankreichs und Kanadas. Das konstruktive Engagement versetzt die USA in die Lage, ihre eigene Sicherheitsdoktrin durchzusetzen, indem sie nämlich den sofortigen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola fordern. Das sollte die MPLA-Regierung schwächen und Savimbi bei der Machtübernahme unterstützen. Sowohl die Militärstrategen Südafrikas wie auch der USA waren zum Schluß gekommen, daß es am günstigsten wäre, alle Verhandlungen von multilateralen Rahmenbedingungen weg ausschließlich in einen bilateralen Rahmen von Republik Südafrika und den Gegnern Namibias zu verlegen. Damit wurde die Namibiafrage von einer einfachen Kolonialfrage in eine Angelegenheit der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges verwandelt. Oberstes Ziel war es, die SWAPO als die Vertreterin des namibischen Volkes durch eine gemäßigte Führung des Typs Muzorewa zu ersetzen, welche den westlichen Zielen und Interessen gefügiger wäre.

Diese politische und militärische Strategie stieß in Südafrika wie auch in den USA auf zahllose Schwierigkeiten. Der Krieg in Namibia ist für Südafrika eine beträchtliche wirtschaftliche Last. Professor Kenneth Grundi zeigte vor nicht langer Zeit in einer Studie auf, daß es Südafrika 1,7 Millionen Rand kostet, einen Aufständischen zu töten. Außerdem hat sich der Widerstand gegen das Apartheidregime innerhalb Südafrikas von einer Protestbewegung zum Bürgerkrieg ausgeweitet. Südafrika sieht sich jetzt mit Gegnern an und innerhalb seiner Grenzen konfrontiert. Die Polizei hat die Kontrolle über große Teile der Städte verloren, und das Land mußte und muß unter dem Kriegsrecht regiert werden. Die Frontstaaten, deren Grenzen in der Vergangenheit immer wieder Ziele südafrikanischer Interventionen waren, stellen jetzt fest, daß der Bürgerkrieg im Inneren den militärischen Kapazitäten der Republik

gewisse Beschränkungen auferlegt. Es wird immer schwieriger für das Militärregime in Südafrika, einen Krieg an vier Fronten zu führen. In Mozambique haben sich die vereinten Kräfte von Mozambique und Zimbabwe als ernstzunehmend erwiesen. In Angola waren und sind Savimbi und seine Kräfte auf eine direkte Hilfe angewiesen, um zu überleben. In Botswana und Lesotho war der südafrikanische Zugriff bis zu einem Punkt geschwächt, an dem jeweils ein innerer Umsturz inszeniert werden mußte, um das Regime zu stabilisieren. Und schließlich hat die Unterstützung für die SWAPO in Namibia zugenommen, anstatt dahinzuschwinden. Der Vierfrontenkrieg hat dazu geführt, daß Südafrika seine politische Repression im Inneren verstärken mußte, was nun zu seiner fünften Front wurde. Südafrika ist heute ein Staat im Kriegszustand, was zeigt, daß es unfähig ist, die innere Kontrolle aufrechtzuerhalten oder seine Grenzen tatsächlich zu schützen. Das konstruktive Engagement hat ein jähes Ende gefunden. Es ist den Interessen der USA nicht mehr förderlich.

Das Ende der Politik des konstruktiven Engagements ist aber auch auf massive Veränderungen innerhalb der USA zurückzuführen. Die Politik der USA wurde im Lauf ihrer Geschichte fortwährend durch neue soziale Bewegungen verändert. Am Beginn stand die Anti-Sklaverei-Bewegung, dann war es die Wahlrechtsbewegung, die Gewerkschaftsbewegung, die Black Power- und die Bürgerrechtsbewegung und schließlich die Anti-Vietnamkriegsbewegung. Diese Bewegungen für soziale Veränderungen haben das starre bürokratische Vertretungssystem von Zeit zu Zeit erschüttert.

Die Situation im südlichen Afrika hat zumindest fünf wichtige soziale Kräfte innerhalb der amerikanischen Politik zusammengebracht. Da ist einmal die gut organisierte Lobby für Afrika, Transafrika, unter der Führung des in Harvard ausgebildeten schwarzen Anwalts Randall Robinson. Zweitens ist das die mächtige Massenbasis, welche durch die Präsidentschaftskampagne des charismatischen Kirchenführers Jesse Jackson entstanden ist. Drittens ist das die mächtige und gut organisierte schwarze Fraktion im Kongreß (Black Caucus), welche in den letzten Jahren eigentlich die einzige Opposition gegen die Reagan-Administration war. Viertens gibt es die Studentenbewegung für De-Investment. Und schließlich gibt es noch eine Reihe von vorwiegend weißen Menschenrechtsgruppen, meist von den Kirchen unterstützt, und Friedensgruppen, die sich mit den anderen Gruppen zusammengeschlossen haben, um die "Bewegung für das Freie Südafrika" zu schaffen.

Die "Bewegung für das Freie Südafrika" ist eine neue soziale Bewegung, die das politische Bewußtsein der Vereinigten Staaten und der ganzen westlichen Welt verändert hat. Der Wendepunkt war im Juni 1986, als der US-Kongreß mit überwältigender Mehrheit für Sanktionen gegen Südafrika stimmte. Der Mißerfolg Südafrikas in seinem Fünffrontenkrieg im südlichen Afrika, zusammen mit einem massiven innenpolitischen Widerstand gegen das konstruktive Engagement, haben die Reagan-Administration veranlaßt, ihre Politik gegenüber der gesamten Region zu überprüfen. Jetzt, da die Administration entschlossen ist, ihren Kurs zu ändern, scheinen sich neue Möglichkeiten für die Diskussion und die Durchsetzung der Unabhängigkeit Namibias zu ergeben. Die Unabhängigkeit Namibias wurde und wird von allen Nationen der Welt einschließlich den USA unterstützt, die auch für die Resolution 435 des Sicherheitsrates stimmten. Wir haben bereits aufgezeigt, wie es der Republik Südafrika im Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten gelang, die Namibiafrage von den Vereinten Nationen wegzuverlagern und in einen Teil des Ost-West-Konfliktes umzuwandeln. Die gesamte Staatengemeinschaft war und ist empört über die fortgesetzte illegale Besetzung Namibias und die Ausbeutung seiner Menschen und Ressourcen durch Südafrika. Die Völkergemeinschaft betont nachdrücklich, daß die Namibiafrage in der Verantwortung der Vereinten Nationen liegt. Sowohl republikanische wie auch demokratische Administrationen haben sich aus verschiedenen Gründen überzeugen lassen, ihre guten Dienste bei der Lösung dieses Problems anzubieten. Aber die Strategien beider Administrationen scheiterten kläglich.

Es gibt zwei fundamentale Fragen, die nach Ansicht der Vereinigten Staaten und der NATO-Mitglieder gelöst werden müssen, bevor die Resolution 435 durchgeführt wird. Die erste ist die Frage der kubanischen Truppen, und die zweite ist die nach dem Status der SWAPO. Angola und die Frontstaaten haben hinreichend deutlich gemacht, daß die Frage der kubanischen Truppen kein Verhandlungsgegenstand sein kann. Sie werden dabei von einer großen Mehrheit innerhalb der nichtpaktgebundenen Staaten und auch von einer Reihe westlicher Staaten unterstützt. Die Gründe liegen auf der Hand. Die Republik Südafrika ist in ihrer militärisch hoffnungslosen Lage entschlossen, die gesamte Region des südlichen Afrika in eine Kriegszone zu verwandeln. Damit hofft Südafrika die Region wirtschaftlich niederzuhalten und die Frontstaaten daran zu hindern, ihre Entwicklungspläne zu verwirklichen.

Der Status der SWAPO ist auch kein Verhandlungsgegenstand. Sogar die

konservativsten Nationen in Afrika und in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen sind überzeugt, daß die SWAPO nicht nur die einzige authentische Vertreterin, sondern die gegenwärtige Sprecherin des namibischen Volkes ist. Und genau aus diesem Grund beabsichtigte der Sicherheitsrat, für freie Wahlen unter der Aufsicht der Vereinten Nationen zu sorgen, um so dem Volk von Namibia die Gelegenheit zu geben, seine eigene Vertretung zu wählen.

Diese Woche in Wien wird es der Völkergemeinschaft wiederum ermöglichen, ihrer Besorgnis über die Zukunft Namibias Ausdruck zu verleihen. Auch wenn es richtig ist, daß die Vereinigten Staaten wenig Interesse an der Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung jeglicher Konflikte zeigen, müssen sie in diesem Fall mit der UNO rechnen. Vor einigen Wochen forderte der scheidende UN-Vertreter, der neugewählte außenpolitische Sprecher der SWAPO, in Washington eine neue, von beiden Parteien getragene US-Politik in der Namibia-Frage. Theo-Ben Gurirab, der lange Zeit in den USA gelebt hat, hatte ausführliche Gespräche mit Senatoren, Kongreßleuten und Mitgliedern des Außenministeriums. Im Repräsentantenhaus brachten die demokratische Abgeordnete Pat Schroeder, im Senat der Republikaner Paul Simon Gesetzesanträge zu Namibia ein. Eine Serie von Seminaren, die in den wichtigen städtischen Zentren der USA abgehalten wurde, zeigte, daß es eine breite Unterstützung für die sofortige Unabhängigkeit Namibias gibt.

Die Welt kann nicht warten, daß sich die Lage in der US-Innenpolitik ändert, damit Namibia frei wird. Es ist mehr als klar, daß die Republik Südafrika das internationale Territorium von Namibia widerrechtlich unter Kontrolle hat. Es gibt eine einfache Methode, um die Resolution 435 durchzusetzen: Der Sicherheitsrat könnte zusammentreten und der Republik Südafrika eine Frist setzen, der Durchführung der Resolution zuzustimmen. Wenn Südafrika sich weigert, dann ist für die Weltgemeinschaft der Zeitpunkt gekommen, ein Treuhandgebiet zu befreien, das Südafrika gegeben wurde, um es zu beschützen. Alles andere wäre ein Verrat an den Prinzipien der Vereinten Nationen.

A. W. Singham
City University
New York/USA

Journal für Entwicklungspolitik 1, 1987, S. 89 - 92

José Luis Piñero, Ejército y Sociedad en México: Pasado y presente, Verlag der Universidad Autónoma de Puebla und der Universidad Autónoma Metropolitana (Azcapotzalco), México, 1986 ("Armee und Gesellschaft in Mexiko: Vergangenheit und Gegenwart").

I.

"Armee und Gesellschaft in Mexico: Vergangenheit und Gegenwart" ist eine Monographie des jungen mexikanischen Forschers José Luis Pineiro über das Militärwesen seines Heimatlandes. Der Autor schreibt in der Einleitung: "... Viele Militärs, aber auch Zivilisten, werden, nachdem sie unsere Untersuchung gelesen haben, etwas mehr über diese staatstragenden Einrichtungen des modernen Mexiko wissen." (S. 41)

Der Großteil der 172 Seiten zeichnet sich durch eine klare Ausdrucksweise, aber auch durch theoretische Gediegenheit - sieht man von seiner marxistischen Einstellung ab (S. 40) - und zweifellos gute Kenntnis der Materie aus. Pineiro gelingt eine umfassende Darstellung, die sowohl Elemente der Geschichte, der Politik als auch der Soziologie einschließt.

- a) Pineiro erklärt einleitend in einem sehr eindrucksvollen Überblick die Rolle der Armee als grundlegende Einrichtung im Konsolidierungsprozeß des modernen mexikanischen Staates sowie als Stütze der PRI (Revolutionäre Institutionelle Partei). Dadurch gelingt es dem Autor in sehr umfassender Form, die zivile Gesellschaft (Gramsci) zu verstehen.
- b) Die historische, politische und soziologische Analyse gestattet es auch, die signifikantesten Wechsel in den Führungsschichten der Armee mit einer gewissen Relativität im Detail zu betrachten. Sie sind "... quasi Antwort auf die unterschiedlichen Formen der Klassenkämpfe und auf die unumgängliche Notwendigkeit der Bildung einer Körperschaft von höchst strukturierter und kohärenter Gewalt im Staat".

In seinen Anstrengungen zeigt Pineiro auch auf kritische Weise die Bedeutung der militärischen Unterstützung durch die USA während der innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen und bietet ein Resümee der Wechselbeziehungen zwischen Klassenkampf, Rationalisierung des Militärwesens und imperialistischer Militärhilfe.

II.

Trotz der Mängel, die sicherlich in dieser Arbeit enthalten sind und der

ideologisch-politischen Unterschiede, die festgestellt werden können, soll nun die Aufmerksamkeit auf einige Punkte gelenkt werden:

a) Die ersten 40 Seiten bieten dem Leser eine exzellente Bibliographie, die auf kritische Weise die Produktion über das Thema "Militär in Mexiko und in Lateinamerika" der letzten 20 bis 30 Jahre beleuchtet. Diese Darstellung hat mit Autoren und ihren Werken zu tun, aber auch mit Schulen der Interpretation (z.B. Trilogie: Militär - Instabilität - Politik/Mittelklassen; der *mesokratische* Staatsstreich).

Dieser Teil des Buches sieht sich durch einen Anhang bekräftigt, in dem genaue Rechenschaft über Bücher, offizielle Dokumente, wissenschaftliche Journale, Doktorarbeiten, Habilitationen, Fachartikel etc. abgelegt wird, die nicht allein in spanischer, sondern auch in englischer und italienischer Sprache abgefaßt sind.

b) Im Rest des Buches gliedert Pineiro das gegenwärtige Werden der mexikanischen Armee in drei Perioden, die eine Erklärung des gegenwärtigen Geschehens und der Vergangenheit des mexikanischen Militärs im Rahmen der Politik, genauer: der Geschichte des politischen Systems Mexikos, zum Ziele haben. Im Gegensatz zur herrschenden Meinung, die in der Armee nur eine Erziehungsfunktion sieht, zeichnet Pineiro in erklärender Weise die konsensuelle Rolle des Militärs, seine versöhnlich-beherrschende Funktion. Dies besonders während der Zeit, als sie sich bemühte, die Anfänge von 1968 von vornherein zu unterbinden, als sie, ohne ihre repressive Funktion außer acht zu lassen, sich auf die Aufgaben der politischen Vermittlerrolle zu konzentrieren begann. Andererseits dokumentiert der Autor in allen Einzelheiten die soziale Arbeitsteilung zwischen dem Militär und dem Polizeiapparat (1) nach 1968. Er zeigt, daß sich das Militär auf die ländlichen Gebiete und die Polizei auf die Städte konzentriert.

Nach dem Massaker vor den Olympischen Spielen 1968 begann sich die Armee auf umfassende Weise mit kurz-, mittel- und langfristiger Regionalpolitik zu befassen. Dabei wurde besonders die Zivilarbeit betont. Man widmete sich mit größtem Nachdruck Fragen der Sozialfürsorge und nicht der militärischen Ordnung. Auf gleiche Weise findet eine Erweiterung des Niveaus der Professionalisierung statt, die sich nicht auf die bloße Vermehrung der militärischen Stärke, auf Logistik und die augenscheinliche Modernisierung der Waffen beschränkt (2). Diese Entwicklung spiegelt sich im folgenden Zitat (S. 127 ff.):

"Die politischen Rückwirkungen der neuen Spezialgebiete und der

technischen Spezialisierung in der Armee umfassen zwei Ebenen: die externe, das sind die Dienste, welche man der Gesellschaft und dem Staat anbieten kann und die interne, die Dienste für die Miliz als Institution. Zur ersteren gehört die Androhung eines Nationalstreiks 1976 durch die Elektrizitätsarbeiter der Gruppe Demokratische Richtung (*Tendencia Democrática*).

Die Armee gab bekannt, verfügbar zu sein, auch für die Möglichkeit, teilweise die Arbeiter der zentralen, strategischen Elektrizitätswerke zu ersetzen, um so das Funktionieren der Elektrizitätsversorgung zu gewährleisten. Es ist offensichtlich, daß die Soldaten nicht in der Lage waren, sämtliche streikenden Arbeiter und Fachkräfte zu ersetzen, aber sie waren imstande, grundlegende, praktische Funktionen der Leitung und Kontrolle zu übernehmen, z.B. Telefon. Darüber hinaus konnten sie Dienstleistungen durch Mediziner, Ingenieure und Krankenschwestern ausüben. Nach einem möglichen Staatsstreich von kürzerer oder längerer Dauer könnte das Militär beratende Funktionen und Positionen in der verstaatlichten Industrie besetzen oder als Rektoren der Universitäten oder Vorstände der Fakultäten fungieren, wie es schon in einigen lateinamerikanischen Ländern geschehen ist. Hinsichtlich der internen Ebene - bezüglich der Mannigfaltigkeit von Spezialisten und Fachkräften in der Armee - nehmen wir an, daß "zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Armee nicht die Notwendigkeit hat, zivile Techniker und Spezialisten in Anspruch zu nehmen ... Von einem logistischen Standpunkt aus besteht einschließlich einer Tendenz zur Selbstversorgung durch Agrarprodukte mittels eines Systems von landwirtschaftlichen Betrieben eine Expansion auf militärisch eingerichteten Territorien."

III.

Abschließend bleibt zu sagen, daß für das europäische Publikum, und speziell für die österreichische Leserschaft, die so sehr an sensationellen Forschungsarbeiten über die Realität in Lateinamerika gewöhnt ist, das Buch von Pineiro als Anstoß zur weiteren Lektüre gesehen werden kann (3). Es ist außerdem sicher angebracht, dieses Buch als Informationsquelle für eine wesentliche Anzahl von statistischen Daten zu verwenden, welche über das ganze Buch verteilt, und auch im Anhang aufscheinen, der unter anderem diverse Tabellen über die Sozialarbeit der Armee und Luftwaffe Mexikos beinhaltet.

Anmerkungen

- (1) Die Polizei in Mexiko zählte bis vor einigen Jahren mehr als 500 Körperschaften, viele von ihnen am Rande des Gesetzes, d.h. der Verfassung der Republik.
- (2) Obwohl die Hauptlieferanten Belgien, Israel und USA sind, stellt Mexiko zum heutigen Tage seine Bedürfnisse auf diesem Gebiet auf die Basis einer Infrastruktur, die über relativ fortschrittliche Technologien in der Produktion von konventionellen Waffen, Munition, Flugzeugen und leichten Schiffen verfügt.
- (3) Z.B. Pablo González Casanova, Arnaldo Cordova, Héctor Aguilar Camín, Carlos Monsivais, Raúl Trejo, Roger Bartra, Enrique Semo, Pedro López, Javier Mena, Enrique Condéz, Octavio Rodríguez, Luis Cercantes, Luis Salazar, Francisco Paoli, Judit Bokser, Luis Alberto de la Garza, Roberto Pena Guerrero, Ileana Cid, Pedro González Olvera, Rodolfo González Velderrama und so viele andere.

Francisco Galvan Diaz

Journal für Entwicklungspolitik, 1, 1987, S. 93 - 94

Opitz, Peter J. (Hrsg.), Weltprobleme, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit), 1982 (2. Aufl.), 391 Seiten.

Die in der BRD föderalistisch aufgebauten Landeszentralen für politische Bildung bringen bemerkenswerte und nützliche Publikationen heraus. Dazu ist auch jene der bayerischen zu zählen, die 1982 in zweiter Auflage unter dem Titel "Weltprobleme" mit einem Geleitwort von Kurt Waldheim erschien. Ursprünglich 1977 als "UNO aktuell" mit Schwerpunkt über die Weltorganisation erschienen, trägt sie Fragen wie wirtschaftlicher Entwicklung, Umweltschutz, Bevölkerungsexplosion etc. in umgearbeiteter und erweiterter Form Rechnung. Während Aspekte der UN bzw. einzelner Sonderorganisationen einerseits sowie die Theorie und Praxis der Entwicklungspolitik einzelner Staaten bzw. Staatengruppen für je einen weiteren Band der "Weltprobleme" vorgesehen sind, befaßt sich der vorliegende, von Peter J. Opitz herausgegebene Band (Nr. A65) in elf Beiträgen (von neun weiteren Wissenschaftlern) auf knapp 400 Seiten mit Berichten, die nur zum Teil von UN-Sonderorganisationen und dann meist solchen jüngeren Gründungsdatums, zum Teil auch von UN-Weltkonferenzen thematisch abgedeckt wurden oder generelle Probleme für internationale Organisationen darstellen wie:

Das Weltbevölkerungsproblem (J. Schmid), die Zunahme des Hungers und die Reaktionen etlicher internationaler Organisationen dazu (W. Ruhenstroh-Bauer), Die Beschäftigungs- und Entwicklungsstrategie der ILO (A. Gregory), die rapide Urbanisierung mit ihren Verslumungstendenzen bzw. die HABITAT-Konferenz, die Weltkonferenz über die Ausbreitung der Wüsten (beide W. Schädle), die UNCTAD und ihre Konferenzen unter dem Aspekt der Rohstoff-Frage (E. v. Pilgrim), die Probleme der Industrialisierung der Dritten Welt und die Rolle der UNIDO dabei (M. Bohnet), Energie, ihre Ressourcen und die Trends bei Nachfrage und Technologien (C. Schütze), Rüstung und Abrüstung im globalen Kontext (J. Krause), Meerespolitik und insbesondere die III. Seerechtskonferenz von 1973 - 82 (B. Rüster) und das Flüchtlingsproblem (P. J. Opitz).

Grundtenor ist die zunehmende Interdependenz und Internationalisierung der Welt und damit auch vieler Bereiche sowie eine eher positive Einschätzung der internationalen Organisationen und ihrer Rolle bei der Bewältigung dieser Probleme. Obwohl eher im Rahmen einer propädeutischen

Orientierung entstanden, genügen die Beiträge durchaus wissenschaftlichen Ansprüchen. Ein Namensregister, ein Abkürzungsverzeichnis internationaler Organisation und UN-Programme, fett gedruckte Stichworte am Seitenrand und eine ganze Anzahl von Graphiken, Schaubildern und Tabellen erhöhen den praktischen Wert dieser Publikation.

Anselm Skuhra

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:
Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2-zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.
2. Zitierweise:
Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrags stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: "wörtliches Zitat" (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1982, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu numerieren.
3. Zusammenfassung:
Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.
4. Autorennotiz:
Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.
5. Begutachtungsverfahren:
Sämtliche einlangenden Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Resselgasse 5/25, 1040 Wien. Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

1987/2	Symposium '87
1987/3	Weltmarkt und Entwicklung
1987/4	Partizipatorische Entwicklungshilfe und alternative Entwicklung